

# Dresdner Nachrichten

Begründet 1856

Dresdner-Druck: Neudruck Dresden.  
Verlags- und Drucknummer 25241.  
Für die Nachdrucke: 20011.

Bezugs-Gebühr  
Anzeigen-Preise.

In Dresden und Vororten bei täglich zweimaliger Auftragung oder durch die Post bei täglich einmaliger Auftragung monatlich 14,- M., vierteljährlich 42,- M., halbjährlich 78,- M., jährlich 140,- M. Bei Familienangehörigen, Anzeigen unter 200 Wörtern u. Besondere Anzeigen, 10% Rabatt. Bei Abnahme von 1000 Wörtern u. mehr 25% Rabatt. Bei Abnahme von 5000 Wörtern u. mehr 35% Rabatt. Bei Abnahme von 10000 Wörtern u. mehr 45% Rabatt. Bei Abnahme von 20000 Wörtern u. mehr 55% Rabatt. Bei Abnahme von 50000 Wörtern u. mehr 65% Rabatt. Bei Abnahme von 100000 Wörtern u. mehr 75% Rabatt. Bei Abnahme von 200000 Wörtern u. mehr 85% Rabatt. Bei Abnahme von 500000 Wörtern u. mehr 95% Rabatt. Bei Abnahme von 1000000 Wörtern u. mehr 100% Rabatt.

Schriftleitung und Hauptverlagsstelle:  
Merkelstraße 33/40.  
Druck u. Verlag von Ullrich & Reichardt in Dresden.  
Postfach-Nr. 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresdner Nachr.“) zulässig. — Unerlaubte Nachdrucke werden nicht aufbewahrt.

Annahme verzinslicher Bareinlagen.  
An- und Verkauf von Wertpapieren.  
Hinterlegungsstelle von Wertpapieren zwecks Einlösung von Zins- und Gewinnanteilscheinen.  
An- und Verkauf fremder Geldsorten.

## Dresdner Handelsbank

Aktiengesellschaft

Bostra-Allee 9, im „Haus der Kaufmannschaft“, Schlaackhofring 7,  
Wettlinerstraße 56, Großmarkthalle, Eliasplatz 3, Kaiserstraße 11.

Scheckverkehr.  
Einziehung und Ankauf von Wechseln.  
Kreditverkehr gegen Wertpapiere und Waren.  
Vermietung von feuer- und einbruchssicheren Stahlwänden unter Verschluss des Mieters und Mitverschluss der Bank.

## Der Abbau der Deutschen Werke.

### Die Forderungen in Nollers Antwortnote.

(Erschienen in der Berliner „Zeitung“ vom 12. d. M., betreffend die Deutschen Werke, eine Antwortnote an das Auswärtige Amt gerichtet, in der es heißt:

Nachdem grundlegend festgestellt worden ist, daß die Umstellung der deutschen Fabrikationszweige in den Deutschen Werken ausgeführt werden muß, wobei den besonderen Interessen der Arbeiter Rechnung getragen wird, bittet die Kommission, daß für am 15. Mai folgende Unterlagen überreicht werden: 1) das zukünftige Fabrikationsprogramm für die Werke Spandau, Zandau, Gieseler und Holzmann (Lübeck) mit Angabe der für die Durchführung erforderlichen Mittel, 2) ein Uebersichtsplan, aus dem die Aufhebung der für jeden der zukünftigen Fabrikationszweige in Betracht kommenden Werkstätten und Maschinen ersichtlich ist. Die Ausführungsbestimmungen für die Fortführung oder Aufhebung der Werke und Gebäude oder die Einrichtungsarbeiten, die noch für die neuen Fabrikationszweige zu bewerkstelligen sind, werden in der Folge von den zuständigen Dienstkommissionen festgestellt. Die Fabrikationszweige, die tatsächlich im Laufe der Zeit aber abgebaut werden werden, können provisorisch weiter betrieben werden, wogegen unter den Werkstätten, unter denen sie sich jetzt befinden, weiter dort das Aufheben neuer Fabrikationszweige der Durchführung der Umstellungen nur in dem Maße erfolgen, wie es der Fortschritt der an Gebäuden und Anlagen vorzunehmenden Arbeiten gestattet. Die Umstellungen müssen beendet sein, sobald die Kontrolle der öffentlichen Mächte aufhört einwirken zu können. Die vorstehenden Anweisungen beziehen sich nicht auf die Ausführung von Entscheidungen, die seitens der Kommission schon vorher getroffen worden sind und die sich auf die Fabrikationszweige beziehen, die nicht durch die Entscheidung der Reichsregierung, vom 28. Dezember 1921, sind.

Die Note Nollers stellt dann Richtlinien für jedes der in Betracht kommenden Werke auf. In den Werken Erfurt, Spandau, Gieseler und Holzmann wird die Produktion nicht weitergeführt werden. Doch dürfen die Werke provisorisch die Fabrikation unter den zuvor aufgeführten abweichenden Bedingungen weiterführen. Dem Werk Holzmann wird die Herstellung von Nitro-Zellulose verboten. Die Herstellung der Fabrikation fortzuführen, wird nur provisorisch und unter strengem Vorbehalt erteilt. Endgültig wird genehmigt die Herstellung von Kolobium für Alltags- und Spezialzwecke von künstlichem Pellet, die Herstellung von Schmirgelpapier, die Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven, sowie alle der Friedensfabrikation dienenden Nebenarbeiten, die bereits ausgeführt

werden. Alle Anlagen und bereits genehmigten Fabrikationszweige, sowie die, die in der Folge zugelassen werden, müssen innerhalb einer Zone von 12 Hektar vereinigt werden. Ferner muß die Anlage zur Herstellung von Nitro-Zellulose, deren Aufrechterhaltung provisorisch zugelassen wurde, unverzüglich auf eine Leistung von 50 Tonnen monatlich maximal herabgesetzt werden. Die Fortführung des mit Rücksicht auf die Vermögenssituation zu erhaltenden Betriebes der Anlage wird am Ort und Stelle seitens der Dienstkommission erfolgen. Der übrige Teil der Anlage muß unverzüglich veräußert werden, während der im Betrieb erhaltene Teil den bereits erwähnten Bedingungen unterliegt, bevor auch er geschlossen wird.

Alle Gebäude und Anlagen, die außerhalb der 12 Hektarzone liegen, einschließlich der ober- und unterirdischen Kanalisationsanlagen sind unverzüglich zu entfernen mit Ausnahme der auf Beleuchtung und Heizung der Bureau- und Wohnräume erforderlichen Leitungen. Anzunehmen sind die Gebäude, die der Reparatur von Eisenbahnwagen und Lokomotiven dienen, vorübergehend erhalten bleiben. Das normalspurige Schienenwerk, das das Werk durchläuft, muß in der Weise verkleinert werden, daß nicht mehr erhalten bleibt, als für den künftigen Umfang des Betriebes angemessen ist. Im Hüttenwert Spandau schließt die Interalliierte Kontrollkommission, daß im Hüttenwert 1 neben dem bestehenden Walzwerk ein solches zu zwei Gerichten errichtet wird von solchen Abmessungen und derartiger Leistungsfähigkeit, wie sie der Fabrikation von Maschinen und Schmieden U- und T-Profilen angemessen sind.

Schließlich wird noch erwähnt, daß keine Veränderung eingetretten ist in bezug auf die Entscheidungen, die die Reichsregierung oder die Regierung der Maschinenbetriebe, die sowohl für Erfurt als auch für Spandau angeordnet wurden, daß die Kontrolle seitens der Dienstkommissionen in bezug auf Verkäufe oder Neubestellungen von Maschinen der Transporte von Werk zu Werk gemäß den bestehenden Richtlinien weiter anzuwenden zu bleiben, daß die Herbeiführung einer vorübergehenden Genehmigung der Kontrollkommission für jeden Verkauf, jede Platzveränderung oder jede Umwandlung von Material der Deutschen Werke einschließlich der Rohmaterialien aufrecht erhalten bleibt, endlich, daß die Fristverlängerung, die am 12. November für die Herstellung von Maschinen der Werke Spandau und Gieseler erteilt wurde, bis zum 1. März zurückgezogen wird. Diese Note enthält einzelne Konzepte, andererseits aber schließt sie weitere Verhandlungen zu. Die genaue Tragweite der angeführten Forderungen und Bestimmungen kann erst nach eingehender Prüfung festgestellt werden. Diese Prüfung ist im Gange.

## Beneschs Mitteleuropa unter tschechischer Führung.

Die Reise des tschecho-slowakischen Ministerpräsidenten Dr. Benesch nach Paris und London erregt berechtigtesten Interesse in politisch interessierten Kreisen größtes Aufsehen. Der Ministerpräsident eines europäischen Staates immerhin zweiter Ordnung in Unterhandlung mit den Leitern der großen europäischen Politik, mit Finanziers von Welt Ruf, was hat das zu bedeuten? Wenn Vertreter des unglücklichen Oesterreichs in den Hauptstädten unseres Kontinents aufstehen, dann weiß man, wie Wiener Blätter in bitterer Selbstironie zugeben, daß sie irgendeine Anteilnahme auf den Weg bringen wollen. Denn Beneschs früherer Außenminister, der Jura Sapieha, am Quai d'Orsay erstickt, dann dürfte man ohne weiteres vermuten, daß sein Besuch den immer engeren antideutschen polnisch-französischen Zusammenstoß zum Ziele hatte. Weniger eindeutig sind die Vermutungen, die sich an Beneschs gegenwärtige Reise knüpfen dürften. Noch ehe er Prag verließ, schrieb ein Zeit der Wiener und Prager Blätter, der tschechische Ministerpräsident werde sich in Paris und London für einen Ausgleich der englisch-französischen Differenzen in den Angelegenheiten der bevorstehenden Genuever Konferenz einsetzen. Weiter ging das Gerücht, Benesch habe mit Hilfe des tschechischen Präsidenten Masarik und des Berliner tschechischen Gesandten Tuzjar einen detaillierten Plan für die Konferenz ausgearbeitet, den er den alliierten Kabinetten vorzulegen gedente. Sicherlich enthalten diese Gerüchte einiges Wahre, wenn sie auch der Vollständigkeit entbehren. Den wahren Zweck der Pariser Unterhandlungen und derer, die sich in London anschließten werden, kann nur ein Einblick in die politischen Bestrebungen der jungen tschecho-slowakischen Republik erkennen lassen. Durch eine geschickte Ausnutzung der politischen Konjunktur und eine weisliche Vertriebspolitik hat sie es unter Leitung erhabener Führer verstanden, sich in kürzester Zeit an die Spitze der in der sogenannten „kleinen Entente“ vereinigten Staaten zu stellen und, was das Wichtigste ist, dieses an sich so losen Staatenbündel mit gemeinsamen Ideen zu beleben. Zunächst mußte sie, das ein insofern wichtiges Königreich im Südosten Europas ohne hätte willkürliche Abgrenzung den italienischen Absichten und den ewig unruhigen Tendenzen gewisser Balkanstaaten preisgegeben wäre, und verteilte sich zunächst durch eine Reihe wirtschafts- und handelsverträge in engster Nähe mit diesem Lande. Sie war sich ferner klar darüber, daß dieser Zusammenhalt nur dann recht wirksam sein konnte, wenn es gelang, den Mangel nicht vorhandener direkter Landesgrenzen mit Jugoslawien durch eine feste Umarmung und Durchdringung der dazwischen liegenden Länder zu ersetzen. Wenn den Bestrebungen in dieser Richtung zu wirken, zunächst durch den Widerstand Ungarns eine Schranke gezogen wurde, so glückte es ihrem Ministerpräsidenten doch, wenigstens das eine Zwischenziel, die kleine österreichische Republik, an sich zu fesseln.

Der in letzter Zeit viel genannte Vertrag von Viena, dessen Abschluß das erste Kabinett Schöber zum Sturz brachte, ist ein wichtiger Markstein auf dem Wege dieser Entwicklung. Oesterreichs Handlungsfreiheit in der Frage des Anschlusses an Deutschland wird durch dieses Abkommen auf das ungenügendste beeinträchtigt. Verpflichtet sich doch beide Kontrahenten darin, den territorialen Besitzstand, wie ihn die Verträge von St. Germain und Trianon vorsehen, zu wahren und keine anderen Vereinbarungen einzugehen, die an den gegenwärtigen Landesgrenzen etwas ändern könnten. Schon diese politischen Abmachungen würden von einer Abhängigkeit Oesterreichs von der Tschecho-Slowakei zu sprechen erlauben, wenn sich dieser Eindruck nicht bei Betrachtung des tschechisch-österreichischen Finanzvereinbarungens noch wesentlich vertieft. Vor wenigen Tagen hat die Wiener Regierung eine Anleihe von 50 Millionen tschechischer Kronen in Prag abgeschrieben. Als Pfänder dafür übernimmt die Tschecho-Slowakei vom Ende des Jahres 1923 an die Erträge der österreichischen Eisenbahnverkehrssteuer, wenn bis dahin der nun schon über Jahr und Tag in Aussicht gestellte Vorkredit zufließen gekommen ist. Augenblicklich aber verpfändet Oesterreich bereits sämtliche in seinem Besitz befindlichen Zimmern tschechischer Lokalbahnlinien, ferner die Aktien der in Böhmen gelegenen Zuckerraffinerie Unter-Getno und den denkwürdigen Bau der ehemaligen böhmischen Hofkanzlei in Wien bis zu einem Werte von 27 Millionen tschechischer Kronen. Es ist das alles nur deshalb so genau aufzuzählen, um zu zeigen, wie es die tschechische Staatsregierung versteht, in das innere Getriebe der unglücklichen österreichischen Republik einzudringen und in selbstbewußter Weise auf die Auflösung dieses lebensunfähigen Staatsgebildes hinzuwirken. In einem tschechischen gewonnenen, dann wird der Ausgleich mit Ungarn eingeleitet, werden Sonderabmachungen mit Bulgarien und Rumänien, zuletzt auch mit Polen folgen und die so gefestigte kleine Entente wird auf dem besten Wege sein, das Ziel Beneschs, ein Mitteleuropa unter tschechischer Führung, zu erreichen. Das ist auch das wahre Ziel, für das sich der tschechische Ministerpräsident gegenwärtig in Paris einsetzt.

### Pressestimmen zum Vertrauensvotum.

Berlin, 16. Febr. In der gestrigen Abstimmung im Reichstag stellt die „Rechts-Bl.“ unter der Überschrift: Die Unabhängigen als Leiter des Kabinetts, fest, daß, wenn die Unabhängigen nicht 27 Fraktionsgenossen zur Rettung abstimmen könnten, das Kabinett verloren gemaßen wäre. Die Unabhängigen haben nur 18 Fraktionsgenossen in den Reichstag kommen lassen und von ihnen noch vierzehn zurückgehalten, um Dr. Wirth nicht etwa zur Unvorsichtigkeit zu führen. Welchen Preis, fragt das Blatt, der Kanzler für die Rettung zahlen muß? Umsonst hat der Kandidat nicht bis zum letzten Moment gedauert. Den Grüppchen, die Wirth verfallen! Wie heißt es im „Kampf“: „Es möchte kein Hund so länger leben“.

Die „Deutsche Tageszeitung“ übertrifft ihre Betrachtung mit: Der Kanzler der Unabhängigen, und laut u. a.: Hat sich der Kanzler nur mit Hilfe der Unabhängigen auf seinem Boden gehalten, so wird seine Politik in Zukunft noch mehr als bisher sich auf einem Wege befinden, den wir mit weiten Schritten des deutschen Volkes als den Weg in den Abgrund halten.

Der „Volksfreund“ warnt, Wirths Sieg weder zu über-, noch zu unterschätzen. Seine Reaktion sei — gerade die legt mit dem Vertrauensvotum beendete Aussprache beim Eisenbahnerstreik habe das mehr als erwiesen — von inneren Gegenständen zerfällt. „Dah wir im übrigen gerade in der auswärtsigen Politik, die das Kabinett Wirth geführt hat und weiter zu führen entschlossen ist, das Gegenteil einer Rechtfertigung seiner Existenz haben, brauchen wir nicht erst zu belegen.“

Die „Deutsche Allg. Ztg.“ erklärt: Das Verschicken des Kabinetts Wirth ist, wie die Dinge nun einmal liegen, fast der einzige Ausweg gewesen und doch mußte man bedenken, daß sich kein Weg habe finden lassen, eine harte und kompakte Mehrheit dieses Parlaments um ein Kabinett zu führen, das dann in Genuß und in den anderen mannigfachen Verhandlungen mit den Nationen des Auslandes mit einer ganz anderen Gewandtheit hätte auftreten und kämpfen können.

Die „Volksrechtliche Welt“ schreibt: Herr Wirth ist noch einmal zum Ziele gelangt worden, aber kein Dichter mit schwärmender Phantasie könnte diesen Sieg ruhmvoll und ehrenreich nennen; kein Politiker könnte ihn anders schätzen als einen der Siege, die Niederlagen so notwendig sind, daß auch ein solcher Mann keinen zweiten überleben kann.

Die „Germania“ schreibt: Im ersten Reichstag der deutschen Republik hat bisher noch keine Regierung über eine ausgesprochene Mehrheit verfügt. Alle bisherigen Regierungen waren Minderheitsregierungen, auf die stillschweigende Unterstützung der Minderparteien angewiesen. Zum ersten Male habe der Reichstag seiner Regierung politisch gestützt, daß er ihre Politik billige.

Die demokratische „Voss. Ztg.“ sagt: Das war gestern die erste wirkliche Probe auf das parlamentarische System in Deutschland. Wir freuen uns dieser Erfolge des Kanzlers, aber gerade deshalb werden wir nach dieser heißen Schlacht dem Reichstagsamt mit besonderer Berechnung raten, in Zukunft solchen gefährlichen Situationen vorzubeugen.

Das „A. T.“ findet, daß die Politik der Deutschen Volkspartei höchst schiffbruch erlitten habe. Obgleich habe sie eine regierungswillige Majorität erreicht, daß es auch ohne sie gebe. Wenn sie sich jetzt nicht dazuhalte, werde schließlich das Steuerkompromiß von einer anderen Mehrheit durchgeföhrt werden.

Der „Vorwärts“ bezeichnet das Ergebnis der Abstimmung für Deutschland erkennen, für die Koalition ermutigend, für die Opposition beschämend. Der „Handelsreich der Nation“ sei mutig, weil die unabhängigen kommunalistischen Hilfsmannschaft zum großen Teil verliert habe.

Die „Freiheit“, das Organ der Unabhängigen, sagt, der Kanzler und sein Kabinett seien an der Verheerung der Krisis vor allem selbst schuld gewesen, weil sie die Finanzpolitik ohne Rücksicht auf die Unabhängigen mit der Deutschen Volkspartei hätten schafften wollen. Die große Koalition könne unmittelbar vor der Tür zu stehen. Daß die Krisis wirklich gelöst sei, werde der Reichskanzler Dr. Wirth selbst nicht glauben. Dr. Wirth werde sich entscheiden müssen, ob er mit der Deutschen Volkspartei innere Politik gegen seine Außenpolitik machen wolle. Versuche er es, dann werde er dabei sicher Schiffbruch leiden.

**Graf Wilhelm Soensbroech †.**  
Wilhelm Graf von Marschall von und zu Soensbroech ist am Montag im Alter von 73 Jahren auf Schloß Haag bei Gørdern gestorben.

**Schrankung Marconis.**  
London, 16. Febr. Marconi erlitt einen Schlaganfall und sein Zustand ist bedenklich.





